

Bitte beachten Sie unsere nachfolgenden datenschutzrechtlichen Hinweise.

### **Information nach Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) für Bewerber (gültig ab 25. Mai 2018)**

Die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorgaben hat einen hohen Stellenwert. Wir möchten Sie nachfolgend über die Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten bei uns aufklären:

#### **Verantwortliche Stelle:**

Für die Datenerhebung und -verarbeitung ist der Vorstand des TSV Wolnzach e.V. verantwortlich.

#### **Daten, die wir benötigen:**

Bei den Mitgliedsanträgen verarbeiten wir Daten von Ihnen, die wir im Rahmen der Mitgliedschaft benötigen. Diese können Kontaktdaten, alle mit der Aufnahme im Verein stehenden Daten (Adresse, Telefonnummer, E-Mail Adresse, Geburtsdatum) sowie Daten zur Bankverbindung (Beitragseinzug) sein. Die Rechtsgrundlage hierfür ergibt sich aus § 26 Abs. 1 S. 1 BDSG-neu.

#### **Datenlöschung:**

Soweit keine gesetzliche Aufbewahrungsfrist existiert, werden die Daten gelöscht, sobald eine Speicherung nicht mehr erforderlich ist. Sobald eine schriftliche Kündigung vorliegt werden die Daten nach Ablauf der Aufbewahrungspflicht gelöscht. Die Dauer der Speicherung richtet sich dann nach den gesetzlichen Aufbewahrungspflichten bspw. aus der Abgabenordnung (6 Jahre) oder dem Handelsgesetzbuch (10 Jahre).

#### **Vertrauliche Behandlung Ihrer Daten:**

Ihre Daten behandeln wir selbstverständlich vertraulich. Als Mitglied des BLSV ist der Verein verpflichtet, im Rahmen der Bestandsmeldung Daten seiner Mitglieder an den BLSV zu melden. Die Meldung dient zu Verwaltungs- und Organisationszwecken des BLSV. Die vereins- und personenbezogenen Daten werden durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor dem Zugriff Dritter geschützt.

#### **Ihre Datenschutzrechte:**

**Als betroffene Person haben Sie das Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung unrichtiger Daten oder auf Löschung, sofern einer der in Art. 17 DSGVO genannten Gründe vorliegt, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden. Es besteht zudem das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, wenn eine der in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen vorliegt und in den Fällen des Art. 20 DSGVO das Recht auf Datenübertragbarkeit.**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt. Das Beschwerderecht kann insbesondere bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat des Aufenthaltsorts oder des Arbeitsplatzes der betroffenen Person oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend gemacht werden.

Nähere Informationen stellen wir Ihnen gerne auf Anfrage zur Verfügung